Christa Luft Berlin, 23.12. 2021

Radenzer Straße 5, 12437 Berlin

An die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

An die Landesgeschäftsstelle der Partei Die LINKE

An den Bezirksvorstand Treptow-Köpenick der Partei Die LINKE

Liebe Bundes-, Landes- und BezirksvorständlerInnen,

was ich jetzt schreibe, fällt mit nicht leicht. Ich (1938 geboren) bin 1955 in die SED eingetreten und danach Mitglied der PDS und später Der LINKEN geworden. Ich war nie eingebildet. Aber rückblickend glaube ich sagen zu dürfen, dass ich in schwierigsten Zeiten für die SED und die PDS, insbesondere als Mitglied der Modrow-Regierung und in den 1990er Jahren nie gezögert habe, auch schwierigste Aufgaben für meine Partei zu übernehmen, oft nicht zum Vorteil der eigenen Gesundheit und zu Lasten meiner Familie. 1994 habe ich zusammen mit Stefan Heym, Gregor Gysi und Manfred Müller bei der Bundestagswahl eines der vier Direktmandate gewonnen, die damals den Einzug der PDS in Gruppenstärke in den Bundestag und damit die erstmalige **reguläre** parlamentarische Vertretung der Partei auf Bundesebene ermöglichten. Ich erreichte damals 44,4 Prozent im Wahlkreis Lichtenberg/Friedrichshain. 1998 konnte ich das Direktmandat erneut gewinnen und zwar mit 42,2 %. Zu diesen Erfolgen hat gewiss auch die damalige Bevölkerungsstruktur des Wahlkreises beigetragen. Dennoch wären sie schwerlich erreichbar gewesen, wenn ich auf intensive Basisarbeit, ernsthaftes, geduldiges Kümmern um die Anliegen von durch Arbeitsplatzverlust, Verleumdungen, Zukunftsangst usw. verängstigten, zum Teil verstörten Bürgerinnen und Bürgern sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit mit vielen Helferinnen und Helfern verzichtet hätte und wenn ich mich von der zwischenzeitlich auch mir gegenüber gezogenen Stasiskeule hätte einschüchtern lassen. Ich weiß also, was Wahlkampf unter komplizierten Bedingungen bedeutet!!!

In der Bundestagsgruppe und später in der ersten Fraktion der PDS habe ich den Bereich Wirtschaft/Finanzen übernommen, um den es, im Gegensatz zu anderen Politikfeldern, kein Gedränge gab unter den gewählten Abgeordneten. Eine etwas abschätzige Haltung zu Wirtschaftsfragen ist nach meiner Beobachtung bis heute nicht völlig überwunden. Fabio de Masi, ein über die Fraktionsgrenzen hinaus bekannter linker Abgeordneter, brachte das vor Monaten so auf den Punkt: „Finanzen und Wirtschaft werden in der Bundestagsfraktion stark vernachlässigt. Stattdessen ist der Kampf um Einfluss und die Frage nach der „richtigen Haltung“ in Debatten wichtiger geworden. Eine Linke, die zwar den Kapitalismus kritisiert, sich aber für Wirtschaft nicht interessiert, ist wie ein KfZ-Mechaniker, der den Motor nicht versteht“, so de Masi. Diese Einschätzung teile ich.

2002 habe ich nicht erneut für den Bundestag kandidiert, obwohl ich das Direktmandat hätte erneut gewinnen können. Ich stand vor dem 65. Geburtstag und wollte mehr Zeit haben für meine betagte Mutter und meinen Mann, der nach der Vereinigung der DDR mit der kapitalistischen BRD seine berufliche Heimat verloren hatte. Seitdem habe ich viel publizistisch gearbeitet und versucht, zur Aufklärung der Ursachen für den Niedergang der

DDR beizutragen, aber auch Anregungen gegeben zur Erhöhung der Wirksamkeit der politischen Arbeit meiner Partei.

In den letzten Jahren, aber vor allem nach dem aus meiner Sicht vollkommen missratenen 2021er Bundestagswahlkampf der LINKEN hat sich bei mir großer Unmut über manche Vorgänge in der Partei auf Bundes- und Berliner Landesebene entwickelt. Jetzt haben zwei weitere Ereignisse das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht, und ich erkläre hiermit meinen sofortigen Austritt aus der Partei DIE LINKE.

Das erste Ereignis waren die Koalitionsverhandlungen in Berlin und die Bereitschaft der Linken, das wichtige Stadtentwicklungsressort aufzugeben und sich dafür mit dem Justizressort zu bescheiden. Das Argument: Wir waren leider der kleinste Partner in der Runde, kann mich nicht überzeugen, schon gar nicht, nachdem die FDP in der Ampelkoalition auf Bundesebene ein viel kleinerer Partner war als die Linke in Berlin auf der Landesebene und dennoch sich *kompromisslos* auf ganzer Linie mit ihren Forderungen durchgesetzt hat.

Das Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne betreffend, war die LINKE zwar nicht Initiatorin, aber die öffentlich sichtbare Unterstützerin. Das haben ihr manche Wähler und Wählerinnen doch noch mit ihrer Stimme gedankt, sonst wäre das Wahlergebnis wahrscheinlich noch schlechter ausgefallen. Diese Menschen fühlen sich jetzt verraten, weil Frau Giffey vor der Wahl posaunte: „Mit mir wird es keine Enteignung geben, die erinnert mich an die DDR“. Sie muss es ja wissen: Sie war zu DDR-Endzeiten 12 Jahre alt, außerdem war in dem Volksentscheid nie die Rede von entschädigungsloser Enteignung. Kein öffentlicher Protest kam von der Berliner Linken-Spitze zu diesem Stuss. Da hätte man sich vielleicht das Mitmachen verdorben. Nun soll eine Kommission prüfen, ob die im Grundgesetz ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit der Vergesellschaftung gesetzeskonform ist. Absurd!!! Gesiegt hat die rechte Frau Giffey, sie hat kampflos gewonnen. Ich unterstütze ausdrücklich die Position von Katalin Gennburg, die in meinem Wahlkreis Treptow haushoch das Direktmandat für das Abgeordnetenhaus gewonnen hat, dafür viel präsent war, engagiert für den Volksentscheid geworben hat und aus ihrer Enttäuschung über die Art und Weise des Mitmachens der Linken kein Hehl macht. Sie war sich wahrscheinlich darüber im Klaren darüber, dass viele Berlinerinnen und Berliner die willfährige Beteiligung der regierungsbeteiligten Linken am Verkauf abertausender Wohnungen in den 2000 er Jahren u.a. an Hedgefonds nicht vergessen haben und den jetzigen Vorgang als nächsten Akt des Verrats empfinden.

Das zweite Ereignis war die vor Tagen eingegangene Spendenaufforderung des Schatzmeisters an die Mitglieder unter der Überschrift „Die LINKE braucht Dich jetzt!“. Ein emotionaler Appell also auch an jene, die sich vor dem und während des Wahlkampfes mit Sorgen, Vorschlägen und Kritiken öffentlich zu Wort gemeldet haben, um das Laufen der Partei vor die Wand zu verhindern. Sie erhielten kein Gehör. Frau Henning-Wellsow war sich so siegessicher, dass sie öffentlich anbot, mit ihren Thüringer Erfahrungen die Moderation einer von ihr vehement angestrebten rot-rot-grünen Koalition zu übernehmen. Na toll! Dieses im Hinterkopf empfinde ich es als starkes Stück, Geld einwerben zu wollen, bevor man von der Bundesebene selbst drei Monate nach dem Wahldebakel noch nicht den Anflug einer Analyse einschließlich Selbstkritik zur Aufklärung der Ursachen des Scheiterns vorgelegt hat. Demut wäre angebracht. Man möchte doch bitte wissen, wofür das

Spendenaufkommen verwendet werden und wie es überhaupt weitergehen soll. Nur das missliche Ergebnis weiter auf Corona, Sahra Wagenknecht und ähnliche Ursachen zu schieben, ist ärmlich und wirkt wie Veralberung der Parteimitglieder.

Ich will, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Rechthaberei hier kurz einige meiner Gedanken zu den Ursachen des Scheiterns der Linken auf Bundeseben und nahezu in allen Bundesländern nennen:

1.**Die ewige Anbiederei von Spitzenpolitikerinnen und -politikern bei SPD und Grünen und das geradezu fieberhafte Streben,** unbedingt auf Bundesebene mitmachen zu wollen, wohl wissend, dass man sich vorher entschuldigen soll für NATO-Ablehnung, für den sozialistischen Versuch in der DDR u.ä., ohne gleichzeitig offensiv die SPD für die Erfindung der Agenda 2010 bedingungslos zur Selbstkritik aufzufordern und ebenso für die US-hörige Beteiligung am Afghanistankrieg. Und die Grünen, die das Klima mit allen möglichen Vorschlägen schützen wollen, aber nicht akzeptieren, dass Kriege die größte Gefahr für Umwelt und Klima bedeuten. Das sind nur Beispiele.
Warum führt man sich gegenüber Befürwortern von Angriffskriegen und gewaltsamen Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten und Völker immer wieder untertänig auf, anstatt die eigenen außenpolitischen Wertvorstellungen kraftvoll zu bekunden und sich zu bemühen, diese durch den Lauf der jüngsten Zeitgeschichte bestätigten Vorstellungen zum Maßstab einer künftigen Zusammenarbeit zu machen?
Sind denn die deutschen Streitkräfte nicht als klare Verlierer aus ihrem, maßgeblich auf Betreiben der SPD und der Grünen begonnenen Afghanistan-Einsatz, heimgekehrt? Sitzt denn der angebliche Chefplaner der Terroranschläge vom 11. September 2001, ein Herr Chalid Scheich Mohammed, nicht seit nunmehr über 18 (!) Jahren ohne Gerichtsurteil im US- Gefangenenlager Guantanamo ein, und spricht dieser Umstand nicht dafür, dass mit der von SPD und Grünen blindlings übernommenen Begründung der USA für den Einfall in Afghanistan etwas nicht stimmen kann?

Richtig sind die friedens- und abrüstungspolitischen Positionen der Partei. Aber die mehrheitliche Ablehnung in der Bundestagsfraktion, Ortskräfte aus Afghanistan per Bundeswehr aus dem Land herauszuholen, war m.E. ein Fehler, war letztlich dogmatisch, denn Menschen mit der Bundeswehr zu retten, ist etwas anderes als Menschen bei Bundeswehreinsätzen zu töten. Darauf haben Jan van Aken und Norman Paech vor der Abstimmung nachdrücklich hingewiesen.
Aber klar ist für mich auch: Selbst wenn die Entscheidung in der Fraktion anders ausgefallen wäre, hätten SPD und Grüne andere Gründe gefunden, eine Koalition mit der LINKEN abzulehnen. Warum lässt man sich immer weiter demütigen, statt sichtbar Flagge zu zeigen?

2. **Das vernachlässigte Ost-Thema.** Linke in Führungspositionen, die jahrelang das Ost-Thema unverantwortlich schleifen ließen, dienten die Partei im Wahlkampf fast bedingungslos als Teilnehmerin an einer möglichen Regierungskoalition auf Bundesebene an. Und das in einer Gesellschaft, wie sie seit über 30 Jahren verfasst ist mit ihrer massenhaft erlebten schamlosen West-Arroganz gegenüber dem Osten und seiner Bevölkerung. Nach meinen in zahlreichen Gesprächen gewonnenen Erfahrungen fühlten sich viele DDR-sozialisierte ehemalige LINKE-Wählerinnen und Wähler nicht mehr vertreten und fürchteten ein devotes Mitmachen auf Bundesebene als kleinster Partner.

Mit stärkerer Betonung des Ost-Themas meine ich mehr als immer wieder richtigerweise darauf hinzuweisen, dass Renten, Löhne usw. anzugleichen und Spitzenfunktionen mehr auch mit ostsozialisierten Menschen zu besetzen sind.
Höchste Zeit ist es m. E., deutlich zu akzentuieren, dass der Osten Deutschlands am Aufbau einer anderen, einer nicht kapitalistischen Gesellschaft beteiligt war. Dass das nicht erfolgreich war, hat viele subjektive, systemeigene Ursachen, aber war auch Folge härtester äußerer politischer Einwirkungen, vieler Knüppelwürfe des Westens, der an seiner unmittelbaren Grenze keine Keime eines anderen Systems duldete. Dennoch gibt es doch **Aufbewahrenswertes**, über das gesprochen werden muss, gerade von einer sozialistischen Partei:

- Grund und Boden waren kein Spekulationsobjekt,
- das für Abkömmlinge wohlhabender Eltern faktisch bestehende Bildungsmonopol war gebrochen
- Einkommen und Vermögen konnten-von kleinen Erbschaften abgesehen-nur durch Arbeit erworben werden
- eine Arm-Reich-Polarisierung in der Gesellschaft wie heute, war unbekannt
- Gesundheitsleistungen waren für alle kostenlos oder kostengünstig
- Obdachlose gab es nicht
- Die Wirtschat hatte eine Gemeinwohlverpflichtung und keinen profitorientierten Selbstzweck
- An Kriegen war die Volksarmee nicht beteiligt und und und.

4

Fehler, Mängel, auch grobe Menschenrechtsverletzungen im Sozialismus sind genug dokumentiert und publiziert, darauf darf er aber nicht reduziert werden.

Die aktuelle LINKE-Führung sollte sich, wenn die Partei in der Bundesrepublik eine Zukunft haben soll, darauf besinnen, was Lothar Bisky als Parteivorsitzender auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der PDS am 15. Juni 2007 betonte: „Wir stellen die Systemfrage“! Gemeint war kein Zurück zur DDR, aber Bewahrung ihrer Errungenschaften und kein bloßes Verharren in einer profitgetriebenen Gesellschaft. Letzterer steht auch laut Grundgesetz kein Ewigkeitscharakter zu.

Jetzt wird die Linke eher wahrgenommen als auf Reparatur des Kapitalismus fokussiert. Die Rolle aber spielt schon die SPD. Dabei steht das Land an einem Wendepunkt kapitalistischer Entwicklung. Das neoliberale Akkumulationsmodell ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 an seine Grenzen gestoßen und hängt nur noch am Tropf der Notenbanken. Gebraucht werden u.a. eine regulierende Rolle des Staates und eine Industriepolitik ohne Hyperglobalisierung. Diese übrigens schuf auch das Flussbett für die gegenwärtige Pandemie.

Systemwechsel schließt Eigentumsfragen ein. Heute muss es vordringlich um Grund und Boden gehen, der -da nur beschränkt verfügbar, nicht vermehrbar und unersetzbar, in Gemeineigentum gehört. Ich hatte dazu Schritte formuliert, wie das geschehen könnte und eine entsprechende Ausarbeitung an die Chefs der Bundestagsfraktion geschickt. Darauf antwortete mir Amira Mohamed Ali in einer Debatte ehemaliger mit aktuellen Bundestagsabgeordneten, „mit dem Thema landen wir im Westen nicht“.

3. Es gibt Konflikte zwischen Alt und Jung in der linken Partei, mehr als zwischen Generationen normal sind. Die können nicht allein dadurch gelöst werden, dass von den Alten mehr Verständnis für die Jungen verlangt wird. Die Jungen müssen auch verstehen, dass sie auf den Schultern der Alten stehen und mehr Empathie und Bereitschaft zum Hinhören zeigen. Unwürdig finde ich den Umgang des Parteivorstands mit dem Rat der Alten. Die haben was zu sagen, wenn mitunter auch in nicht in der Gendersprache und in anderer Diktion als die Jüngeren. Wenn man den Rat nicht will, muss man es sagen, ihn seit Jahren ins Leere laufen zu lassen, ist ein beschämender Umgang unter Genossen.
4. In der Linken gibt es keine Debattenkultur und keine Mitgliederpflege. Mir sagte unter Tränen vor Kurzem eine alte Genossin aus Berlin-Mitte, die seit über 70 Jahren dabei ist, dass sie z.B. seit Langem keinen Glückwunsch zu einem Jubiläum bekommen hat. Darüber klagen viele.

Viel zu leichtfertig und verletzend wird mit dem Wort „Nazi“ umgegangen. Nicht alle in der AfD und nicht alle sogen. Corona-Leugner lassen sich unter ein Nazi-Dach pressen, das zeugt eher von Unfähigkeit zu einer sachlichen, geschichtlich richtigen Auseinandersetzung als von Besonnenheit und Souveränität.

Zum Schluss: An meiner politischen Haltung wird sich auch nach dem Austritt aus der Partei nichts ändern, auch werde ich keiner anderen Partei oder Organisation beitreten oder eine solche wählen. Alle, mit denen ich bisher freundschaftlich zusammengearbeitet habe, sollen wissen, dass sich daran von meiner Seite aus nichts ändern wird. Aber unnötige, belastende, oft rechthaberische und dabei nichts bringende Auseinandersetzungen werde ich mir künftig ersparen.

5

Nach dem Vorliegen einer tiefgründigen, auch selbstkritischen Analyse der Ursachen für den gescheiterten Bundestagswahlkampf mit Schlussfolgerungen werde ich über eine Spende an die LINKE entscheiden.
Dieses Schreiben habe ich gleichzeitig an den Landesvorstand und an den Bezirksvorstand Treptow-Köpenick gesandt.

Es grüßt und verabschiedet sich freundlich Christa Luft